

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1904**

13.1.1904 (No. 12)



# Karlsruher Zeitung.

Wittwoch, 13. Januar.

№ 12.

1904.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluss Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf., durch die Post im Ordere der deutschen Postverwaltung, Druckträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gestaltete Zeitspalt oder deren Raum 25 Pf. Beize und Gelder frei.  
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung.

## Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 6. Januar d. J. gnädigst geruht,

1. den Oberlandesgerichtsrat Dr. Julius Heimert auf sein untätigstes Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand zu versetzen.
2. den Landgerichtsrat Gustav Ernst in Offenburg unter Enthebung von seiner Stellung als Untersuchungsrichter beim Landgericht Offenburg, sowie den Landgerichtsrat Andreas Schenk in Karlsruhe unter Enthebung von seiner Stellung als Vorsitzender einer Kammer für Handelsachen beim Landgericht Karlsruhe zu Oberlandesgerichtsräten zu ernennen;
3. dem Landgerichtsrat Sally Maas in Karlsruhe den Vorsitz in einer Kammer für Handelsachen beim Landgericht Karlsruhe zu übertragen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 30. Dezember v. J. gnädigst geruht, die auf Professor Dr. Rudolf Thurneysen gefallene Wahl zum Rektor der Universität Freiburg für das Studienjahr 1904/1905 Allerhöchst Ihre Bestätigung zu erteilen.

## Nicht-Amtlicher Teil.

### Zum Krimmischauer Textilarbeiterstand.

Herr Geh. Rat Dr. Roscher, der sich im Auftrage des königlich sächsischen Ministeriums des Innern nach Krimmischau begeben hatte, um mit Vertretern der Arbeiter, sowie der Unternehmer persönliche Besprechungen abzuhalten, hat über das Ergebnis dieser Besprechungen dem Ministerium einen Bericht erstattet, der uns heute vorliegt. Wir lassen den Bericht nachstehend folgen:

In dem schweren, nach Umfang, Dauer und Heftigkeit ungewöhnlichen Kampfe, der seit dem 22. August v. J. zwischen den Unternehmern und Arbeitern der Textilindustrie von Krimmischau und Umgebung herrschte, war es meine Aufgabe, mich zunächst über den derzeitigen Stand der Ansprüche beider Teile zu unterrichten. Ich schied voraus, daß die Zahl der männlichen und weiblichen Arbeiter, die dort am 22. August infolge Streiks oder Aussperrung aus der Arbeit traten, 7782 betrug. Anfang Januar 1904 arbeiteten in den beteiligten Fabriken 2082 Personen, mithin reichlich 26 Proz. der vorher angegebenen Zahl. Von diesen 2082 Personen hatten 1565, also reichlich drei Viertel, bereits vor dem Streik in den vom Kampfe betroffenen Fabriken gearbeitet; 203, die jetzt in Krimmischauer Textilbetrieben arbeiten, hatten früher zwar in Krimmischau gewohnt, aber nicht in Textilbetrieben gearbeitet; 314 männliche und weibliche Arbeiter sind von auswärts, unter ihnen 56 aus Galizien und Böhmen, zugezogen.

Meine Besprechungen hielt ich am 4. Januar, auf dem Rathhause zu Krimmischau in Gegenwart des Herrn Bürgermeisters Bedmann ab, und zwar mit sechs Vertretern der Arbeiter, später mit sechs Vertretern der Unternehmer. Der ersten Besprechung wohnte auch der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Herr Stadtrat Dr. Schneider, bei. Unter den Vertretern der Arbeiter befanden sich der Berliner Vorsitzende des „Zentralverbandes aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“ und der Vorsitzende der Krimmischauer Filiale dieses Verbandes. Unter den Arbeitgebern waren der Vorsitzende des Spinner- und Fabrikantenvereins zu Krimmischau und ein dortiger Vertreter des Verbandes von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie.

Beiden Gruppen habe ich ernstlich zugeredet, den verhängnisvollen Kampf zu beenden, beide darauf hingewiesen, daß in diesem Kampfe jeder von beiden Seiten die Widerstandskraft des Gegners anfänglich sehr unterschätzt habe. Gegenüber der Meinung, den Kampf ausschließlich als eine Machtfrage zu behandeln, habe ich betont, daß bei Streitigkeiten zwischen Menschen selten das ganze Unrecht auf der einen, das umgekehrte Recht auf der anderen Seite sich befindet. Neben der zweifellos vorliegenden Machtfrage dürfe daher die Schuldfrage nicht außer acht gelassen werden. Mit beiden Gruppen habe ich ausdrücklich vereinbart, daß über das Ergebnis der Verhandlungen bis zur etwaigen Darlegung der Sache im sächsischen Landtage nichts in die Öffentlichkeit kommen solle. Die Arbeiter machten im Verlaufe der dreieinhalbstündigen Besprechung folgende Vorschläge, auf deren Annahme seitens der Lohnkommission und seitens der gesamten Arbeiterschaft sie im Falle einer Einigung mit den Unternehmern hinwirken würden:

1. An Stelle der bisherigen Arbeitszeit von 11 Stunden tritt zunächst eine zehneinhalbstündige Arbeitszeit, und zwar von 6 bis 12 Uhr vormittags und von halb 2 bis 6 Uhr nachmittags. (Dies sind wöchentlich 62 Arbeitsstunden.)

Nach Ablauf eines Jahres findet eine Zusammenkunft zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern statt, in der über eine etwaige weitere Verkürzung der Arbeitszeit Beschluß gefaßt werden soll.

2. In der reinen Arbeitszeit von zehneinhalb Stunden ist eine Wachezeit von 5 Minuten vor dem jedesmaligen Ende der Arbeitszeit inbegriffen.

3. An den Sonnabenden ist, wie dies bereits in einigen Betrieben der Fall war, nachmittags um 5 Uhr Schluß. Es wird hier vorausgesetzt, daß nicht wegen der allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit auf zehneinhalb Stunden die Arbeitszeit an den Sonnabenden wieder verlängert werde.

4. Die Festsetzung einer an sich sehr wünschenswerten Frühstückspause von 1/2 Stunde in sämtlichen Betrieben soll der besonderen Vereinbarung der betreffenden Arbeiter mit ihren Arbeitgebern überlassen werden.

5. Der Lohn der Akkorbarbeiter wird allgemein um 5 Proz. erhöht.

6. Den Arbeitern, die festen Wochenlohn erhalten, wird der bisherige volle Lohn weiter gezahlt.

7. Es wird der Wunsch ausgesprochen, daß in den Fabriken, in denen bisher nur nach „Banden“ oder in anderer Weise der Lohn der Weber berechnet wurde, wenn keine technischen Schwierigkeiten entgegenstehen, allmählich zur Erzielung einheitlicher Lohnberechnung die sogenannte Schußuhr eingeführt werde.

8. Maßregelungen von Arbeitern finden nicht statt. Namentlich sollen die Arbeitgeber versprochen, keine fremden Arbeiter einzustellen, so lange noch hiesige, am Kampfe beteiligte gewesene Arbeiter vorhanden sind.

9. Die innerhalb der Zeit des Streiks geschehenen gegenseitigen Verleumdungen sollen als zurückgenommen betrachtet werden.

In der vierstündigen Besprechung, der ich diese neun Vorschläge der Arbeiter zugrunde legte, erklärten mir die Vertreter der Unternehmer einmütig und entschieden, daß sie die von den Arbeitern aufgestellten Forderungen je nach weber ganz, noch teilweise bewilligen könnten. In dem jetzigen Kampfe handle es sich nicht mehr um die Arbeitszeit und andere Einzelwünsche, sondern lediglich um eine Machtfrage zwischen den Unternehmern und der Sozialdemokratie. Deshalb seien die Unternehmer auch nicht darauf eingegangen, die Sache dem Gewerbegerichte als Einigungsamt vorzulegen. Krimmischau Industrie habe in neuerer Zeit Schwere erlebt. Während der letzten beiden Jahrzehnte seien etwa 40 Firmen des Krimmischauer Industriebezirks eingegangen. Sogar die Bevölkerung der Stadt sei von 23 553 im Jahre 1895 auf 22 840 im Jahre 1900, also um mehr als 700 Seelen gesunken. Nach der Reichsstatistik sei infolge des Wettbewerbes die Ausfuhr von Wigogegarnen immer mehr zurückgegangen. Im Jahre 1880 habe sie noch 38 000 Doppelzentner betragen, im Jahre 1901 noch nicht einmal 7000 Doppelzentner. Die Löhne für Andree, Ausleger, Krempelinnen und Auspücker seien in Sachsen um 57 bis 74 Proz. höher, als in der österreichischen Wigogespinnerei, dazu komme der Umstand, daß in dem neuen deutschen Zolltarife die Hölle auf Baumwollgarne bis Nr. 11, die für die Wigogespinnerei fast ausschließlich in Betracht kämen, von 12 auf 6 M. herabgesetzt seien. Damit würde für Wigogegarne aus Belgien, Oesterreich und Italien zum Nachteil der deutschen Wigogegarne ein sehr günstiger Absatz auf dem deutschen Markte eröffnet. Eine Erfüllung der Forderungen der Arbeiter würde für die heimische Wigogespinnerei verhängnisvolle Folgen haben. Günstiger sei zwar die Lage der dortigen Weberei. Seit ungefähr sechs Jahren vollziehe sich aber eine Verringerung in der Richtung der Krimmischauer Weberei, indem die alten, Budfins mehr und mehr durch Kammergarnstoffe für die Herren- und Damenkleiderkonfektion ersetzt würden, die bei außerordentlich hohen Mutterpreisen nur einen sehr bescheidenen Gewinn ließen. Die Fortentwicklung der Krimmischauer Industrie in dieser Richtung werde durch den Streik außerordentlich gestört.

Wollte man den Forderungen der sozialdemokratischen Führer jetzt nachgeben, so würde man die Arbeitswilligen dem Terrorismus jener preisgeben. Diese Arbeitswilligen, die gegenwärtig in schwerer Zeit ihre Treue bewährt hätten, müßten aber von den Unternehmern geküßt werden. Die Unternehmer würden von den Arbeitswilligen förmlich gebeten, den lediglich von einigen Führern der Sozialdemokratie gestellten Forderungen jetzt nicht nachzugeben, da sie andernfalls dem Terrorismus der Führer schuldlos gegenüberstehen würden. Siege der Verband der Textilarbeiter in Krimmischau, so werde einem anderen Plage bald daselbe Schicksal bereitet werden.

An sich seien die Unternehmer in Krimmischau keine Gegner des Zehntundentages, hätten vielmehr die Arbeiterschaft dringend ermahnt, abzuwarten, ob nicht vielleicht von Reichswegen eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit für Frauen eintreten werde. Die Arbeitszeit in Krimmischau betrage schon jetzt meistens nur 10 1/2 und 10 1/4 Stunden.

Es sei unrichtig, den gegenwärtigen Kampf als einen Kampf der Unternehmer mit ihren Arbeitern zu bezeichnen, in Wirklichkeit sei es ein Kampf der Unternehmer mit der Sozialdemokratie, die durch planmäßige, fortwährende Agitation, durch Einschüchterungen und Lockungen die Arbeiterschaft in ihre Gewalt zu bringen suche.

Von den Mitteln, die seitens der Sozialdemokratie angewendet würden, um Arbeiter, die sich der sozialdemokratischen Arbeiterorganisation nicht anschließen wollen, dazu zu nötigen, habe ich in Krimmischau durch Einzelgespräche mit verschiedenen Arbeitswilligen mancherlei Bedauerliches erfahren. Sol-

\*) Nach einer vom königl. Amtsgericht Krimmischau inzwischen erlangten Uebersicht der Konfusse sind diese Angaben nicht übertrieben, sondern bleiben noch hinter der Wirklichkeit zurück. Denn in den 21 Jahren von 1883 bis 1903 verfielen innerhalb des Amtsgerichtsbezirks Krimmischau in Konkurs: 30 Budfins- und Tuchfabriken, 26 Spinnereien, 3 sonstige Textilbetriebe, 5 Färbereien, 2 Wattenfabriken, zusammen also 66 Betriebe der Textilindustrie.

(Mit einer Landtagsbeilage.)

chen Nötigungsversuchen auf die Dauer zu widerstehen, erfordert seitens der damit Bedrängten eine große Festigkeit des Charakters. Vor den schlichten Arbeitern, die solche Festigkeit bewahren, die ruhig und entschieden ihren Weg gehen, empfinde ich hohe Achtung.

An den Versuch einer Einigung zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer war hiernach nicht zu denken. Ein baldiges Ende des Kampfes ist daher zu nächst leider nicht zu erhoffen.

Ich habe aber beiden Seiten geraten, alles zu vermeiden, was den Kampf verlängern oder verschärfen könnte. Den Unternehmern habe ich die große Verantwortung vorgehalten, die mit der grundsätzlichen Ablehnung jedes Einigungsversuchs verbunden ist. Auch bemerkte ich, daß die Heranziehung auswärtiger Arbeitskräfte, namentlich solcher, die nicht deutsch reden, als ein Uebelstand anzusehen sei, der nach Möglichkeit vermieden werden müsse. Hierauf erwiderten die Unternehmer, daß sie die Gewinnung weiterer fremdsprechender Arbeitskräfte schon jetzt möglichst vermieden, da tüchtige inländische Arbeiter zumeist zu erlangen seien. Ganz zu vermeiden sei jedoch die Vermutung auswärtiger Arbeiter nicht, so lange der größte Teil der Arbeiter im Auslande verharre. Mehrere Unternehmer hatten, bevor sie auswärtige Arbeiter heranzogen, die besseren unter ihren früheren Arbeitern zum Wiedereintritt in die Arbeit auffordern und sie darauf hinweisen lassen, daß sie im Ablehnungsfalle genötigt sein würden, auswärtige Arbeiter anzunehmen.

Zum Schluß kann ich einen Gedanken nicht unterdrücken, der sich mir bei diesem Anlasse aufdrängte. In den Berichten der deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten finden sich zahlreiche Bemerkungen über Arbeiterauschüsse, in manchen Fällen mit dem Lobe, daß sie geeignete Vermittlungen zwischen den Arbeitern und ihrem Arbeitgeber seien, in anderen Fällen mit dem Vorwurfe, daß auf Seiten der Arbeitgeber Abneigung und Mißtrauen gegen solche, oft von der Sozialdemokratie beherrschte Organe der Vermittlung bestehe. Ich möchte die Schwierigkeit der Errichtung solcher Arbeiterauschüsse, die gleichzeitig das Vertrauen der Arbeiter und das des Arbeitgebers besitzen sollen, nicht unterschätzen. Wenn es aber häufiger gelänge, diese Schwierigkeit zu überwinden, so würde ich das sozialpolitisch für ungemein wertvoll halten. Denn der Arbeiterauschuss einer Fabrik ist die einfachste und natürlichste Organisation der in dieser Fabrik tätigen Arbeiter. Wenn das selbstverständliche Bedürfnis des Arbeiters nach Zusammenschluß mit feinesgleichen, nach Organen, durch die er seine Wünsche bezüglich des Betriebes, dem er dient, insbesondere bezüglich der Arbeitsbedingungen, geltend machen kann, in der engeren Gemeinschaft der Fabrik Befriedigung findet, dann wird er ein minderes Verlangen nach den großen Gemeinschaften haben, die ihm als Organisationen der Arbeiter eines ganzen Industriezweiges verbund entgegenstehen.

Dr. Roscher, Geheimer Rat.

### Die Herrschaft des § 14 in Oesterreich.

Wien, 11. Januar.

Die Parlamentsferien gehen zu Ende, die Reichsboten finden sich in der Residenz wieder ein. Allein es deutet kein Anzeichen darauf hin, daß der Herrschaft des § 14 ein Ende gemacht werden wird. So ungern sich der Ministerpräsident Dr. von Koerber dazu entschloß, von diesem zwar verfassungsmäßigen aber doch das Parlament umgehenden Paragraphen Gebrauch zu machen, so läßt es sich doch nicht in Abrede stellen, daß eine solche unparlamentarische aber verfassungsmäßige Verwaltung, wie sie auf Grund dieses Paragraphen geführt wird, einem „Exlex“-Zustande vorzuziehen ist, wie er das ungarische Staats- und Verfassungsleben seit einem Jahre zerjetzt hat. Die Maschine arbeitet eben und für sie ist es gleichgültig, ob die treibende Kraft das Parlament oder der § 14 ist. Wollen aber die Völker nicht, daß dieser Paragraph zur Anwendung komme, so haben sie es ja in der Hand, die Obstruktion matt zu setzen. Die Erfahrung werden sie wohl alle gemacht haben, daß die Obstruktion keinem nützt. Was praktisch in der vierjährigen Periode Koerbers geschaffen wurde, konnte nur unter Aufhebung der Obstruktion erreicht werden und so müssen sie auch jetzt wieder sich dazu bequemen, auf diese Waffe zu verzichten, wenn sie was immer erreichen wollen. Wenn man ihnen an den Puls fühlt, nimmt man wahr, daß sie eigentlich alle der Obstruktion müde sind, selbst die Czechen, nur möchten diese, die die letzten Obstruktionisten sind, sich zuvor noch einen Rausschilling herauschlagen, damit sie „mit Ehren“ wieder zur positiven Arbeit zurückkehren könnten. Aber sie stellen noch immer einen viel zu hohen Kaufpreis. Sie wollen nicht bloß materielle, sondern auch „moralische“ Zugeständnisse, übersehen aber dabei, daß die einen wie die anderen die Zustimmung der Deutschen zur Voraussetzung haben müssen, weil sonst der Befriedigung der Czechen die Obstruktion der Deutschen auf dem Fuße folgen müßte. Bei nüchternen Prüfung der Sachlage müssen sie erkennen, daß weder Gewalt noch Obstruktion sie zum Ziele führt und daß sie auf keinem an-



deren Wege als dem der Verständigung mit den Deutschen, selbst auch nur in ihrer Stappenpolitik, vorwärts schreiten können. Die Schlussfolgerungen sind so zwingend, daß sie selbst vom entragtesten Radikalen unter den Tschechen nicht in Abrede gestellt werden können — nur will eben keiner von den Verußpolitikern den Anfang machen, diese Schlussfolgerung zu ziehen. Wäre unter ihren Führern nur Einer von der Qualität des verstorbenen Raizl, so wäre wohl zu hoffen, daß er sie aus der Sadgasse herausführen könnte, in der sie sich verirrt haben. Daß sich auch der Ministerpräsident Mühe gibt ihnen den Rückzug zu ermöglichen, ist aus dem ganzen Gebahren Dr. Koerber's wohl zu erkennen, aber gerade ihm begegnen die Tschechen mit Mißtrauen, für das sie eigentlich keinen anderen Grund besitzen, als daß er, als ein unbefangener und allseitig gerecht vorgehender Politiker, es vermeidet, eine Partei gegen die andere auszuspielen, vielmehr bestrebt ist, alle zur Anerkennung der Staatsnotwendigkeiten zu bewegen. Für die Verhältnisse, unter denen wir uns befinden, ist er somit gerade der rechte Mann und nicht einmal die Tschechen werden eine Tatsache anführen können, die gegen ihn Zeugnis geben würde.

### Zur sächsischen Wahlrechtsänderung.

deren Grundzüge wir in Nr. 9 der „Karlsru. Ztg.“ veröffentlicht haben, gibt die Regierung in einer dem Landtage zugegangenen Denkschrift u. a. folgende Begründung ihrer Vorschläge:

Mit einer bloßen Verbesserung des geltenden Systems wird es nach der Ueberzeugung der Regierung nicht getan sein. Vielmehr handelt es sich auch nach ihrer Ansicht vor allem um eine Rückkehr zum direkten Wahlrecht. Da aber das allgemeine und gleiche Wahlrecht ebenso wie das Verfassungswahlrecht ausgeschlossen bleiben müssen und auch das Pluralwahlrecht keine Gewähr für die Schaffung einer den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechenden Volksvertretung bietet, so bleibt nichts anderes übrig, als direkte Wahlverfahren und berufständische Wahlen. Aber jedes dieser Systeme würde für sich allein auch wieder ungenügend und bedenklich sein. Wenn man sich darauf beschränken wollte, jede der drei Abteilungen für sich wählen zu lassen, so ist die Gefahr nicht abzuweisen, daß jedenfalls der größere Teil in der III. Abteilung sozialdemokratisch ausfällt. Andererseits ist ein ausschließlich berufständisches Wahlrecht für ein ganzes Land wie Sachsen unbrauchbar. Es erscheint deshalb zweckmäßig und rätlich, an eine Verbindung dieser beiden Systeme zu denken. Die Wahlverfahren liefern Vertreter aus dem Gesichtspunkte des allgemeinen Staatsbürgerturns, der damit doch in den Vordergrund gestellt bleibt; die berufständischen Wahlen sorgen dafür, daß wenigstens die Hauptproduktivstände niemals in ungenügender Zahl vertreten sind.

Wenn es für notwendig angesehen werden muß, daß die die III. Abteilung bildenden Wahlberechtigten im Landtage vertreten sind, andererseits aber auch die der II. und die I. Abteilung einen vollberechtigten Anspruch auf eine besondere Vertretung haben, so wird man diesen Ansprüchen bei den vielseitigen Interessen gegenüber nur dadurch gerecht werden können, wenn jede Abteilung ihre Abgeordneten für sich wählt. Mit Rücksicht auf die Zahl und die Steuerleistungen der Wähler erscheint es nicht unbillig, jeder der drei Abteilungen die gleiche Zahl von Abgeordneten zuzugestehen. Erst mit der Sonderwahl jeder Abteilung wird es möglich das indirekte Wahlverfahren aufzugeben und zur direkten Wahl zurückzukehren. Man gelangt alsdann zu einem Wahlverfahren wie es für die Stadtverordnetenwahlen in Preußen gilt und durch Gesetz vom 26. Oktober 1894 in Leipzig und neuerdings auch in einigen andern sächsischen Städten eingeführt ist. Hierzu ist übrigens noch zu bemerken, daß der sozialdemokratische Abg. Frähdorf im Landtag 1899/1900 ausdrücklich erklärte: „Es gibt ja verschiedene Variationen auch vom Dreiklassenwahlrecht. Ich verweise auf das Leipziger Gemeindewahlrecht. Hätten Sie eine solche Einrichtung getroffen, dann wäre wenigstens eine Vertretung der III. Klasse hier noch möglich gewesen; dann hätten Sie die Sicherung gehabt, daß die bestehenden Klassen nicht majorisiert würden durch die beschlossenen“

Mit der übrigen Wahlkreiseinteilung sind direkte Abteilungs-wahlen vereinbar. Es ist von vornherein ausgeschlossen, daß jedem der gegenwärtigen 82 Wahlkreise drei Abgeordnete — für jede Abteilung einer — zugestanden werden könnten. Nimmt man für die Abteilungs-wahlen 48 Abgeordnete in Aussicht, so würde dies 16 Wahlkreise ergeben. Diese Wahlkreise würden wesentlich größer als die bisherigen werden. Bei einer Gesamtbevölkerung Sachsens von 4 202 216 Einwohnern und einer Gesamtzahl von 656645 Wahlberechtigten würden auf jeden Wahlkreis durchschnittlich 237 500 Einwohner und 41 000 Wahlberechtigte kommen.

Bei der neuen Wahlkreiseinteilung könnte auch der bisherige Unterschied zwischen Stadt und Land nicht aufrecht erhalten werden. Es ist wiederholt auf die staatsverfallende Bedeutung der ländlichen Wahlbezirke hingewiesen worden. Sie ist durch die Erfahrung bewährt und läßt sich auch in Zukunft erhoffen für diejenigen Wahlkreise, in denen vorwiegend Landwirtschaft betrieben wird. Im Gegensatz dazu sind diejenigen ländlichen Wahlkreise, in denen die Industrie vorherrscht, dem Andringen der Sozialdemokratie mehr ausgesetzt und schneller zum Opfer gefallen als die städtischen und sogar die großstädtischen Wahlkreise.

Ein Hauptvorwurf, der gegen das bisherige Dreiklassensystem erhoben worden ist, richtet sich gegen die ausschließlich materielle Wertung des einzelnen Wählers nach seiner Steuerleistung. Es ist insbesondere von denjenigen, die sich eine bessere Bildung angeeignet haben, mit Gläubigern aber nicht begünstigt sind, als eine bittere Ungerechtigkeit empfunden worden, daß sie hinsichtlich ihres Wahlrechts hinter minder gebildeten, aber vermögendere Mitbürgern zurückstehen sollen. Das Bedenken, das eine rein materielle Grundlage des Wahlrechts hervorruft, wird aber noch vermehrt, wenn man die zur Ergänzung heranzuziehenden berufständischen Vertreter, wie es doch kaum anders möglich ist, auf die drei Produktivstände beschränkt. Es empfiehlt sich deshalb, dem Bildungsmoment dadurch einen größeren Einfluß zu gewähren, daß die Klasseneinteilung nicht einseitig auf die den Vermögensverhältnissen entsprechende Steuerleistung, sondern gleichzeitig auf „Besitz und Bildung“ begründet wird. Demgemäß wäre zu bestimmen, daß Wähler, welche die das Hochschulstudium abschließende Prüfung bestanden oder auf einer deutschen Hochschule den Grad als Doktor oder Doktor-Ingenieur erlangt haben, ohne Rücksicht auf ihre Steuerleistung der I. Wählerabteilung angehören, diejenigen, welche die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienste erworben haben, auch dann, wenn sie nach ihrer Steuerleistung der III. Wählerabteilung angehören würden, in der II. Abteilung zu wählen haben. Der bei der Besprechung am 26. Oktober 1903 erhobene Einwand, daß der „gereifte Kaufmann“ nicht

hinter den „jungen Referendar“ zurückgesetzt werden dürfte, erscheint der Regierung aus folgenden Gründen nicht stichhaltig: Zunächst handle es sich um keine Zurücksetzung, denn der Kaufmann, der mit Erfolg gearbeitet hat, wird auf Grund seiner Einkommensverhältnisse auch der I. Abteilung angehören und daher dem akademisch Gebildeten gleichgestellt sein. Außerdem werden jedoch alle derartigen Maßstäbe an den Grenzen ihres Wirkungsbereichs gewisse Unstimmigkeiten aufweisen. Es empfiehlt sich, den Grundtag der direkten Wahlen auch bei den berufständischen festzuhalten. Es könnten dann vielleicht a) 15 Abgeordnete unmittelbar von denjenigen gewählt werden, welche die Wahlberechtigung zum Landeskuratortrate besitzen. Nach der Bestimmung zu § 5 in dem Gesetz wegen Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 9. April 1872, die Reorganisation des Landeskuratortrates betreffend, vom 15. Juli 1876 sind dies alle volljährigen und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen Besitzer oder Pächter landwirtschaftlicher Grundstücke, auf denen nach Abrechnung der die Gebäude samt Hofraum treffenden Einheiten mindestens 120 Steuereinheiten haften. b) 10 Abgeordnete des Handels und der Industrie würden von denjenigen zu wählen sein, die nach § 7 Ziffer 1 des Gesetzes, die Handels- und Gewerbetammern betreffend, vom 4. August 1900 zur Teilnahme an den Urwahlen für die Handelskammern berechtigt sind. Es sind dies diejenigen natürlichen oder juristischen Personen, die ein Handelsgewerbe im Sinne von §§ 1 und 2 des Handelsgesetzbuchs betreiben und als Inhaber oder Teilhaber einer Firma im Handelsregister eingetragen und zur Staatssteuereinkommensteuer mit einem Einkommen von mehr als 3100 M. eingeschätzt sind. Die übrigen zu den Handelskammer-Urwahlen Berechtigten — Genossenschaften, Gesellschaften, Gemeinden, Gemeindeverbände und der Staat für die von ihnen betriebenen Gewerbeunternehmungen — werden für die Abgeordnetenwahlen nicht in Frage kommen. c) 10 Abgeordnete des Kleinhandels, Handwerks und Klein-gewerbes endlich werden von denjenigen zu wählen sein, die als Handwerker einer Innung angehören oder sonst als nicht schon nach b) wahlberechtigte Handels- und Gewerbetreibende in ihren Betrieben mindestens eine zur Inhabilitätsversicherung pflichtige Person beschäftigen. Diese Beschränkung erscheint erforderlich, um diejenigen Unternehmer auszuscheiden, die, wie z. B. die meisten Hausgewerbetreibenden nur noch scheinbar selbstständig sind, tatsächlich aber mit den unselbständigen Hilfsarbeitern wirtschaftlich und sozial auf einer Stufe stehen. Den hiernach vertretenen drei Produktivständen gehören in Sachsen — Unternehmer, Angestellte und Arbeiter zusammen-gerechnet — nach der Berufszählung von 1895 mehr als 87 Proz. der gesamten Bevölkerung zu, ihre Angehörigen bildeten bei den Landtagswahlen 1897 bis 1901 84 Proz. sämtlicher Wahlberechtigten. Als Berufswähler kommen allerdings nur die wirklich selbstständigen Unternehmer in Betracht. Doch bieten die Wahlverfahren der III. Abteilung insbesondere den Arbeitern ausreichende Gelegenheit, Vertreter ihrer Interessen in den Landtag zu entsenden. Die berufsmäßigen Wahlen auch noch auf andere Berufe auszuweiten, würde kaum durchführbar sein. In der Tat werden die, speziell gelehrten Berufsstände schon durch die Berücksichtigung des Bildungsmoments bei den Abteilungs-wahlen ihre Rechnung finden.

## Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 12. Januar.

Ihre königliche Hoheit die Erbgroßherzogin ist heute vormittag 11 Uhr nach Schloß Hohenburg abgereist.

Im Laufe des Vormittags empfing Seine königliche Hoheit der Großherzog verschiedene Personen in Audienz. An der Frühstückstafel der Großherzoglichen Herrschaften nahm außer Ihrer königlichen Hoheit der Kronprinzessin von Schweden und Norwegen Ihre kaiserliche Hoheit die Prinzessin Wilhelm teil.

Nachmittags hörte Seine königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsrats Dr. Seyb.

Zur Abendtafel erscheint Seine königliche Hoheit der Erbgroßherzog.

\*\* In jüngster Zeit hat die „Hollandsche Credietbank Amsterdam“ in marktstreitiger Weise unter Inanspruchstellung größter Gewinne zur Beteiligung an einer angeblich staatlich genehmigten Serienlosziehung in verschiedenen Gegenden des Landes durch Ueberföhrung von Prospekten aufgefordert. Schon die Art und Weise der Anpreisung läßt erkennen, daß es sich um kein solides Geschäft handeln kann. Die behaupteten „allergrößten Gewinnchancen“ stellen sich bei näherer Prüfung der Verlosungsbedingungen als sehr gering dar. Von mit den Verhältnissen der Hollandschen Credietbank vertrauter maßgebender Seite wird daher vor dem Geschäftsgewinnen dieses Unternehmens eindringlich gewarnt. Es kann daher nur jedem im eigenen Interesse empfohlen werden, sich an dem zweifelhaften Unternehmen in keiner Weise zu beteiligen. Da es sich überdies um eine im Großherzogtum nicht zugelassene, nach dem Gesetze daher nicht erlaubte Lotterie handelt, ist die öffentliche Ankündigung in Zeitungen und der Vertrieb der Anteilsscheine durch Unterhändler strafbar.

o.c. (Durch eine Entscheidung des Oberlandesgerichts) von gestern wurde das Ortsstatut der Stadt Karlsruhe, die Sonntagstagsruhe im Handelsgewerbe betreffend, für ungültig erklärt. Das Statut wurde schon seit seiner Entstehung vom hiesigen Detailhändlerverein scharf bekämpft, da ein Personalwechsel an Sonntagen einschließlich des Wechsels während der Mittagspause für Detailgeschäfte mit Personal ihm unausführbar erschien. Ein hiesiger Geschäftsmann ließ sich auf Grund des Statuts bestrafen. In erster Instanz erfolgte Freispruch, in zweiter Instanz erkannte das Gericht gegen ihn auf die geringste zulässige Strafe. Das Oberlandesgericht als letzte Instanz hob das Urteil auf und erklärte die Ungültigkeit des Statuts.

Z.-B.-M.-H. (Schneebeobachtungen.) Die in den höheren Lagen des Landes bestehende geschlossene Schneedecke ist auch in der verflochtenen Woche unverändert erhalten geblieben, nur bei dem in der Nacht vom 8. auf 9. Jan. eingetretenen Witterungs-umschlag hat sie stellenweise einen kleinen Zuwachs erhalten. Am Morgen des 9. Januar (Sonntag) sind gelegen in Furtwangen 12, in Dürheim 2, in Zollhaus 4, beim Feldbergerhof 55, in Titisee 14, in Bonndorf 17, in Höfenschwand 21, in Bernau 25, in Gersbach 15, in Todtnauberg 33, in Gerbrunn 9, in St. Märgen 8, in Kniebis 21, in Breitenbrunn 8, in Herrenwies 20 und in Kaltenbrunn 13 Zentimeter.

\* (Hausverkauf.) Das Haus Ede Marktplatz, zum „Englischen Hof“, seitheriger Besitzer Privatier Ruffler, ging um den Preis von 420 000 M. an Herrn S. Wels, Inhaber der Firma Spiegel und Wels, über.

\* (Eisbahn im Stadtpark.) Morgen, Mittwoch Abend, von halb 7 bis halb 10 Uhr, wird auf der Eisbahn im Stadtpark ein Nachtfest mit Militärmusik veranstaltet werden. Die Eintrittspreise erfahren keine Erhöhung, Eisbahnabonnenten sind ganz frei. Rampen mit Stod und Licht zu 35 Pf. das Stück sind beim Vootsänischen an der Eisbahn käuflich.

▲ (Aus dem Polizeibericht.) Am 9. d. M., abends, züchtigte ein verheirateter Zementeur in der Oststadt seine 13 Jahre alte Tochter so unmenslich, daß sie am ganzen Körper Verletzungen davon trug, nicht mehr gehen konnte und mittels Drohsche in das Krankenhaus gebracht werden mußte. — Am 10. d. M., abends, verlor ein Lehrling, im Gedränge vor dem Apollo-Theater seine silberne Taschenuhr. In der Kreuzstraße wurde am 10. d. M. einem Weggeburchen sein Fahrrad, mit grünem Rahmenbau, während er Kundschaft bediente, gestohlen. — Ein Bahnarbeiter aus Graben, der am 9. d. M. vor das Schöffengericht als Zeuge geladen war, brachte die angeblichen Auslagen für Tierarzt und Rückfahrt in Karlsruhe, obgleich er im Besitz einer Freikarte Graben-Karlsruhe ist und diese benützte.

▼ Heidelberg, 11. Jan. Im fünften Abonnements-Soliken-Konzert ließ sich Sarafate wieder einmal hören, konnte das Publikum aber nicht mehr wie früher entzücken. Dagegen fand die Pianistin Marie Goltz mit verdientem Beifall. — Im Stadtparktheater wurde Hans Heiling neu inspiert. v. Keller in der Titelrolle bot eine glänzende Leistung.

☞ Freiburg, 11. Jan. Die Weihnachtsfeier des unter dem Protektorat Seiner königlichen Hoheit des Erbgroßherzogs stehenden Vereins ehemaliger 113er ist je weils eine der schönsten und erbebensten Festlichkeiten unseres festereichen Vereinslebens; sie verbindet aber um so mehr Beachtung wegen ihres echt patriotischen Grundzugs, der heutzutage immer mehr von der Wildbläse verweht wird. Die Feier fand in der Festhalle vorgetrieben abend statt und waren dazu die Spitzen der Militär- und Zivilbehörden, das Offizierskorps des 113. Regiments und sonstige geladene Gäste erschienen. Der erste Vorstand, Herr Hauptmann d. L. Dietzler, brachte ein dreifaches Hurra Ihren königlichen Hoheiten dem Großherzog und dem Erbgroßherzog dar, Herr Oberstleutnant Zentepohl brachte namens des Offizierskorps ein solches auf die ehemaligen 113er aus und Herr Professor Dr. Dieffenbacher, Oberleutnant d. L., hielt die von hohem patriotischem Geiste durchwehte Festrede, die in einem Hurra auf Seine Majestät Kaiser Wilhelm ausklang. Die Infanteriekapelle bot unter der bewährten Leitung ihres Dirigenten, Herrn Friedemann, ihr Bestes und die Auf-führungen kinematographischer und lebender Bilder festelten die Aufmerksamkeit der Teilnehmer in hohem Grade; besonders gilt dies von dem lebenden Bild „Germania“, einer dem Vaterland getragenen sinnvollen Huldigung. Eine reiche Gabenverlosung und ein Tanzergnügen bildeten den Schluß des patriotischen Kriegerfestes.

\* Heidelberg, 11. Jan. Die Trauerfeier für den verstorbenen Ordinarius des deutschen und römischen Zivilrechts Professor Karlowa, fand heute nachmittag 2 Uhr in der dicht gefüllten Aula der Universität statt. Die Großherzogin war durch Ministerialrat Böhm vertreten, die Spitzen der staatlichen, städtischen und militärischen Behörden waren anwesend. Die Feier wurde durch einen Choral eingeleitet. Danach hielten Stadtpfarrer Schwarz und Geh. Rat Professor Dr. Schröder Ansprachen. Ein Choral schloß die Feier. Sodann begab sich der Trauerzug nach dem Friedhof, wo in der Kapelle die Leiche eingeseget wurde. Nachdem noch viele Kränze niedergelegt worden waren, geleitete die Trauer-versammlung den Sarg zur Gruft.

\* Weiskirch, 10. Jan. Hier ist die einzige Schwester des Dichters der „Wacht am Rhein“, Max Schenedenburger, gestorben. Es ist die Mutter des Herrn Bürgermeisters und Landtagsabgeordneten Hauser, Frau Margarethe Hauser. Sie erreichte ein Alter von 82 Jahren.

☞ Konstanz, 11. Jan. Bei der heutigen Stadtrats- und Stadtverordnetenvorstandswahl sind von 104 Wahlberechtigten 82 Stimmen abgegeben worden. Nach dem liberalen Vorschlag wurden zur hiesigen Erneuerung des Stadtrats gewählt die bisherigen Mitglieder: Böhringer, Alfred, Fabrikant, Einbart, Stephan, Gemüsegrüner, Lemir, Otto, Apotheker, Risch, Bernhart, Apotheker, und an Stelle der Herren Eschbacher, Joseph, Dekorationsmaler, und Mayer, Rudolf, Privatier, die eine Wiederwahl entschieden ablehnten, die Herren Ehinger, Moriz, Fabrikant, Osterwalder, Albert, Privatier, Rothschild, Emanuel, Fabrikant, und Veit, Albert, Privatier (4 statt 2, weil der Stadtrat von 12 auf 14 Mitglieder vergrößert wurde). In den Stadtverordnetenvorstand wurden die bisherigen Mitglieder v. Hofer, Albert, Wankler, Zita, Eduard, Möbelfabrikant, Ruof, Hermann, Kaufmann, Schneider, Franz, Fabrikant, wieder und an Stelle des zurückgetretenen lang-jährigen Mitgliedes (Obmanns) Blattner, Heinrich, Privatier, Herr Bütz, Max, Metzgermeister, neu gewählt. Als Obmann des Vorstandes wird am nächsten Mittwoch Herr Schneider, als Stellvertreter Herr v. Hofer aus der Urne hervorgehen. Damit werden die städtischen Ergänzungswahlen, die am 18. Dezember v. J. ihren Anfang nahmen, zum Abschluß gelangen.

## Deutscher Reichstag.

(Telegraphischer Bericht.)

\* Berlin, 12. Januar.

Am Bundesratsstisch Staatssekretär von Posadowsky, Handelsminister Müller und Schatzsekretär Frhr. v. Stengel.

Präsident Graf Vallestreem eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten mit einem herzlichlichen „Profit Neujahr“.

Nach Erledigung einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen erfolgt die definitive Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten für die Dauer der Session.



Bei der Beratung der Ueberfahrt der Einnahmen und Ausgaben der afrikanischen Schutzgebiete und Kaufschouss weist Abg. Bachem auf die Höhe der Etatüberschreitungen hin.  
Abg. Dasbach empfiehlt dem Hause die Verweigerung der Genehmigung solcher Uebererschreitungen.

### Das Regierungsprogramm des Ministerpräsidenten Combes.

(Telegramm.)

Paris, 11. Jan. Auf dem Bankett des republikanischen Komitees für Handel und Industrie hielt Ministerpräsident Combes eine Rede, in der er zunächst feststellte, daß die Wiederannäherung zwischen Handeltreibenden und Industriellen einerseits und der politischen Welt andererseits glückliche Ergebnisse gezeitigt habe. Redner kam auf die Angriffe und Schmähungen zu sprechen, die gegen die Regierung gerichtet würden. Trotz aller Angriffe der Opposition sei der Kredit Frankreichs niemals stärker gewesen. Frankreichs Friedensliebe habe sich durch Abschluß zweier Schiedsgerichtsverträge und den mehreren Herrschern bereiteten sympathischen Empfang bekundet. Alle Träume Frankreichs seien trotz der Nationalisten auf den Frieden gerichtet. Der wahre Feind der Republik sei aber größer, das sei nicht der Nationalismus, das seien auch nicht die alten monarchischen Parteien, sondern die clerikale Reaktion, die sie alle sich unterordnen. Sie sei allerdings gescheitert dank der Mehrheit im Parlament. Redner legte sein Programm für die Arbeiten der nächsten Session vor, wobei er näher auf die Einführung der zweijährigen militärischen Dienstzeit, Aufhebung des Unterrichts durch die Kongregationen und die Beziehungen von Kirche und Staat einging. Um aber alle diese schweren Aufgaben zu verwirklichen, sei das Zusammenhalten der vier Gruppen der Linken durchaus ebenso notwendig, wie der Zusammenschluß der Handeltreibenden und Industriellen gegenüber der clerikalen, monarchischen und nationalistischen Koalition und als wesentliche Bedingung für die Durchführung der demokratischen Reformen und des republikanischen Fortschrittes. (Beifall.)

### Zur macedonischen Frage.

(Telegramm.)

Sarajewo, 11. Jan. Privatnachrichten zufolge haben 3000 Mirditen die Straße von Prizren nach Skutari abgesperrt. Sie wollen der Reformgardarmerie Widerstand leisten.  
Konstantinopel, 12. Jan. Die Pforte bereitet auch ihrerseits ein Projekt für die Reorganisation der Gendarmerie der drei macedonischen Vilajets vor.

### Die ostasiatische Frage.

(Telegramm.)

St. Petersburg, 11. Jan. Amtliche russische, wie japanische Kreise fassen die Lage ruhig auf. Russischerseits wird nach wie vor erklärt, die russische Antwort sei versöhnlichen Sinnes. Japanischerseits würde heute Rußlands Antwort als nicht ganz unbefriedigend bezeichnet, woraus hervorgeht, daß man in Tokio die russische Note für erörterungsfähig halte. Man erhofft daher von Japan eine Antwort als Grundlage für weitere Verhandlungen. Inzwischen rüsten allerdings beide Staaten eifrig weiter und verstärken ihre Stellungen. Wie man dem Korrespondenten mitteilte, erklärte die sibirische Bahnverwaltung, stets innerhalb vier Wochen 75 000 Mann mit allem Zubehör nach Ostasien befördern zu können.  
London, 12. Jan. Die „Times“ will aus Peking erfahren haben, daß der chinesische Gesandte in Tokio gestern an den Prinzen Tsching telegraphiert habe, er teile auf Wunsch des japanischen Ministeriums des Aeußern mit, daß die zweite Antwort Rußlands auf die Vorschläge Japans eingegangen, jedoch ungünstig sei, und von Japan nicht angenommen werden könne. Wenn Rußland nicht nachgebe, werde sich Japan gezwungen sehen, sofort die Waffen zu ergreifen.  
Paris, 12. Jan. Im heutigen Ministerrat erstattete der Minister des Aeußeren, Delcassé, Bericht über die letzten hier eingegangenen Nachrichten über den russisch-japanischen Konflikt und bemerkte, der Eindruck, der sich aus diesen Nachrichten ergibt, ist der, daß die Lage sich zu bessern scheint.  
Socul, 12. Jan. Der japanische Gesandte hat im Palais wiederholt Schritte getan, um den Kaiser von Korea zur Anerkennung des Protektorates Japans zu veranlassen. Die Bemühungen sind bis jetzt ohne Erfolg geblieben.  
Washington, 12. Jan. Dem Staatsdepartement ging die Nachricht zu, daß die Russen ihre Schutztruppe in Seoul täglich verstärken. Auch Frankreich traf Vorkehrungen, dort eine Schutztruppe zu errichten.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

Landeshut, 12. Jan. Seine Majestät der Kaiser ist gestern um 1 Uhr 50 Minuten auf dem hiesigen Bahnhof eingetroffen und vom Grafen Udo Stolberg und den Spitzen der königlichen und städtischen Behörden empfangen worden. Unter Glockengeläute fuhr der Kaiser nach der Gnadenkirche zur Trauung der Gräfin Armgard Stolberg mit dem Grafen Platen-Hallermund.

Breslau, 12. Jan. Seine Majestät der Kaiser hörte heute vormittag den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts. Um 11 Uhr wurde auf Befehl des Kaisers die Garnison alarmiert. Daran schloß sich eine Parade auf dem Schloßplatz, worauf ein Frühstück im Kasino des Leibkürassier-Regiments folgte.

Breslau, 12. Jan. Bei der heutigen Parade über die Truppen der Garnison ritt Seine Majestät der Kaiser zunächst die Fronten ab und ließ dann sämtliche Truppen in Eszadron- bzw. Kompaniefront einmal vorbeimarschieren. Nach dem Vorbeimarsch begaben sich die Truppen unter klingendem Spiel in die Kasernen zurück. Auf dem Schloßplatz erfolgte Paroleausgabe.

Breslau, 12. Jan. Der Vizepräsident des Reichstages, Graf Udo Stolberg-Wernigerode, wurde zum Wirklichen Geheimen Rat ernannt.

Berlin, 12. Jan. Die Eröffnung des preussischen Landtages erfolgt am 16. Januar d. J.

Berlin, 12. Jan. Nach telegraphischer Meldung des Gouverneurs in Windhoek wird die Erhebung der Herrero-Bevölkerung für möglich gehalten, ohne daß es bisher zu Feindseligkeiten gekommen wäre. Ansammlungen von bewaffneten Herreroabteilungen von mehreren 100 Gewehren sind beobachtet worden. Zur Verfügung stehen an weißen Streitkräften im Norden etwa 400 Mann mit zwei Gebirgsbüchsen und drei Maschinengewehren.

Stiel, 12. Jan. Die kaiserliche Werft stellte heute den großen Kreuzer „Prinz Adalbert“ unter dem Kommando des Kapitäns Jacobson zum ersten Male in Dienst.

Bremen, 12. Jan. 400 Arbeiter der Bremer Jute-Spinnerei und Weber in Gemelungen sind seit gestern wegen Differenzen mit der Fabrikleitung ausständig. Es ist Aussicht vorhanden, daß die Differenzen bald beseitigt werden.

Schwerin (in Mecklenburg), 12. Jan. Seine königliche Hoheit der Großherzog ist in Cannes leicht an Influenza erkrankt. Die Reise nach Berlin zum Kapitelfest des Schwarzen-Adlerordens wurde aus diesem Grunde aufgegeben.

München, 12. Jan. Staatsminister Fehr von Podewils erkrankte zu Jahresbeginn an Influenza und erlitt, nachdem bereits eine Besserung eingetreten war, einen Rückfall, welcher ihn seit mehreren Tagen ans Bett fesselt.

Budapest, 11. Jan. Abgeordnetenhause. Graf Apponyi fragte an, ob es richtig sei, daß die Geltendmachung der ungarischen Sprache im Militärprozeß die Ursache sei, daß die bereits von früheren Regierungen vorbereitete Reform des Militärstrafprozesses ins Stocken geraten sei, da österreichischerseits Schwierigkeiten gemacht würden. Graf Tisza antwortete: Für die prinzipielle Anwendung der ungarischen Sprache im Verfahren fehle es an Vorarbeiten. Es würden hierüber derzeit im Schoße der ungarischen Regierung noch Beratungen gepflogen. Vorschläge seien der österreichischen Regierung noch nicht gemacht, es könnten also von ihr keine Schwierigkeiten erhoben werden. Graf Apponyi erklärte sich von dieser Antwort befriedigt.

Rom, 12. Jan. Gestern nachmittag fand die erste Konferenz der deutschen und italienischen Delegierten für die Handelsvertragsverhandlungen statt. Der „Tribuna“ zufolge, wurde die Sitzung mit einer Rede Tittonis eröffnet, in der er die Hoffnung aussprach, die bestehenden ausgezeichneten politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien möchten durch fruchtbare, wirtschaftliche Beziehungen noch befestigt werden.

London, 11. Jan. Im Districte Ashton an der Dyne begann heute eine Anzahl von Baumwollspinnereien, die amerikanische Baumwolle verarbeiten, mit der vom Baumwollspinnerverband empfohlenen verkürzten Arbeitszeit von wesentlich 40 Stunden.

Manchester, 12. Jan. Premierminister Balfour hielt hier eine Rede, in der er ausführte: Er hoffe, es werde unnötig sein, zu versichern, daß England in vollem Maße gegenüber allen seinen Verbindeten alle seine Verpflichtungen erfüllen werde, die sich aus den Verträgen ergeben. Er würde der Sache des Friedens, setzte Balfour hinzu, keinen großen Dienst erweisen, wenn er die russisch-japanischen Streitigkeiten öffentlich erörterte.

St. Petersburg, 12. Jan. Wegen andauernder Krankheit des greisen Großfürsten Michael Nikolajewitsch, bisheriger Präsidenten des Reichsrates, ist Großfürst Wladimir hierzu ernannt worden. — Wegen der Erkrankung der Zar in ist, laut „Berl. Tagebl.“, auf den Rat der Aerzte die Uebersiedlung nach der Krim im Februar aufgegeben. In den letzten Tagen trat eine Temperaturerhöhung ein. Die Zar in bedarf der größten Schonung.

Belgrad, 12. Jan. Der gestrige Ministerrat unter dem Vorsitz des Königs beschloß, den üblichen Sofneujahrsempfang diesmal ausfallen zu lassen.

Aden, 12. Jan. Die englischen Truppen hatten ein siegreiches Gefecht mit den Truppen des Mullah. Die Somalis verloren 1000 Tote. Zwei englische Offiziere wurden getötet und 8 schwer verwundet.

Amtlich wird über das Gefecht mit dem Mullah gemeldet: General Egerton griff mit 2200 englischen und 1000 eingeborenen Truppen heute 5000 Derwische bei Fidballian, die anscheinend die Hauptmacht des Mullah bildeten. Der Feind ging zum Angriff vor, floh aber, als er in der Flanke und der Front beschossen wurde.

Die englische Kavallerie verfolgte den Feind zehn Meilen. Die Verluste des letzteren werden auf 1000 Mann geschätzt. Zahlreiche Gefangene und 400 Gewehre fielen den englischen Truppen in die Hände. Die englischen Verluste betragen 41 Mann, darunter zwei Offiziere tot, neun Offiziere verwundet, einer wird vermisst.

Washington, 12. Jan. Staatssekretär Gah hat am Samstag die zweite Note des kolumbianischen Kommissars Reyes beantwortet. In seiner Antwort lehnt Gah es wiederum ab, die Panamafrage von neuem zu eröffnen.

Rio de Janeiro, 12. Jan. Durch Notenwechsel zwischen dem französischen Gesandten Decrais und dem brasilianischen Minister des Aeußern Rio Branco wurde der modus vivendi in den Handelsbeziehungen Frankreichs und Brasiliens wiederhergestellt. Der jüngste Zwischenfall ist hierdurch freundschaftlich erledigt.

### Verschiedenes.

Berlin, 12. Jan. Die Blätter melden zahlreiche Unglücksfälle auf dem Eise. Gestern ertranken in der Umgebung von Berlin beim Eislauf sechs Personen. 16, die einbrachen, wurden gerettet.

Königsberg i. P., 12. Jan. Die Strafkammer beurteilte den Schneidemüller Karl Eisenberger aus Königsberg, der bei der Reichstagswahl in zwei Orten gewählt hatte, zu 1 Monat Gefängnis.

Ubenburg, 12. Jan. (Telegr.) Bei einem Zimmerbrande in der Rosenstraße verbrannten heute vormittag eine Witwe mit ihrer 19jährigen Tochter. Man vermutet, daß der Brand durch Explosion einer Petroleumlampe entstanden.

Silbberhausen, 12. Jan. Der Nachlaß des Malers Heinrich Vogel im Betrage von 1300 000 M. soll zur Errichtung einer Seraphin Vogel-Familienstiftung für deutsche Künstler dienen. Nur Künstler, die deutsche Reichsangehörige sind, ohne Unterschied der Religion und die in München, Dresden oder Rom leben, haben Anspruch auf eine Unterstützung. Malerinnen sind ausgeschlossen.

Wien, 12. Jan. Freiherr v. Seefried, der Gemahl der Prinzessin Elisabeth von Bayern, Tochter der Erzherzogin Gisela, wurde, wie die „Neue Freie Presse“ meldet, in den Grafenstand erhoben.

Konstantinopel, 8. Jan. Es ist eine allbekannte Tatsache, daß die Bevölkerung von Samos in periodischen Zwischenräumen mit ihrem Fürsten unzufrieden wird. Diese traditionelle Gemohnheit wird sowohl von der Pforte wie in Griechenland sehr unangenehm empfunden, zumal in letzterem, das manchmal beschuldigt wird, die Inselbewohner aufzuwiegen. Vor einigen Tagen hat, wie bereits telegraphisch gemeldet, ein Teil der Bevölkerung von Samos, aufgebracht von der Opposition der Kammer, eine Kundgebung gegen den Fürsten Mavrogeni Bey veranstaltet und seine Absetzung gefordert. Die türkische Garnison mußte aufgeboten werden, um die Manifestanten zu zerstreuen und es wurde eine Anzahl von Verhaftungen vorgenommen. Die Unzufriedenheit sandte auch ein Telegramm an den Sultan, in welchem sie sich über den Fürsten beschwerten. Obgleich die Absetzung des Fürsten nicht geplant ist, da sich kein gerechtfertigter Grund für dieselbe finden ließe, werden doch schon Kandidaten für den Fürstenthron genannt. Es sind dies die Staatsräte Constantin Karatheodoris Effendi und Dogasi Effendi. Die türkische Regierung, welche mit den Diensten Mavrogeni Bey zufrieden ist, denkt jedoch für den Augenblick nicht an seine Ersetzung. Die griechische Regierung ist ihrerseits bemüht, die Geister zu beruhigen, und hat ihrem Konsul in Samos Instruktionen in diesem Sinne erteilt. In den hiesigen hellenischen Kreisen herrscht Entrüstung gegen jene Samioten, welche ohne zureichenden Grund immer den Frieden auf der Insel zu stören suchen.

### Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe:

Donnerstag, 14. Jan. Abt. C. 29. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Die schiefmüulige Almut“, Lustspiel in 3 Akten von Friedrich Bartels. Anfang 7 Uhr, Ende 9 Uhr.  
Freitag, 15. Jan. Abt. B. 30. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Gans Heiling“, romantische Oper in 3 Akten nebst einem Vorspiel von Eduard Devrient, Musik von Marschner. Anfang 7 Uhr.

Im Theater in Baden:

Mittwoch, 13. Jan. 13. Ab.-Vorst. „John Gabriel Borkman“, Schauspiel in 4 Akten von Henrik Ibsen. Anfang halb 7 Uhr, Ende 9 Uhr.

Wetter am Montag, den 11. Januar 1904.

Hamburg, Neufahrwasser, Breslau, Metz und München trüb; Schwelmünde ziemlich heiter; Chemnitz heiter; Münster vormittags Schnee.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 12. Januar 1904, vormittags 7 Uhr.  
Triest bedeckt 2 Grad; Vizza halbbedeckt 5 Grad; Florenz bedeckt 5 Grad; Rom bedeckt 6 Grad.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 12. Januar 1904.

Das barometrische Maximum, das bisher das Innere Rußlands bedeckte, hat sich auf Südeuropa verlegt und die Depression, welche gestern nördlich von Schottland erschienen war, ist bis zur nordwestlichen Küste weiter gezogen. Damit sind südliche Winde vorherrschend geworden, unter deren Einfluß die Temperaturen gestiegen sind. In Nordwestdeutschland herrschte schon am Morgen Tauwetter; in Ostpreußen und Siebenbürgen war es dagegen noch sehr kalt (Lemberg -16 Grad, Hermannstadt -21 Grad). Trübes und wärmeres Wetter mit stellenweisen Niederschlägen ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

| Januar                          | Barom. mm | Therm. in C. | Nebel. Anzahl in mm | Feuchtigkeit in Proz. | Wind | Himmel     |
|---------------------------------|-----------|--------------|---------------------|-----------------------|------|------------|
| 11. Nachts 9 <sup>u</sup> 11.   | 752.5     | -1.4         | 4.1                 | 100                   | W    | bedeckt 1) |
| 12. Morgs. 7 <sup>u</sup> 11.   | 750.3     | -0.7         | 4.1                 | 95                    | NE   | "          |
| 12. Mittags. 2 <sup>u</sup> 11. | 749.0     | +3.8         | 4.9                 | 80                    | SE   | "          |

1) Nebel.  
Höchste Temperatur am 11. Januar: +0.5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht -3.2.

Niederschlagsmenge des 11. Januar: 0.0 mm.  
Wasserstand des Rheins. Mainz, 12. Januar: 2.94 m, gefallen 6 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.



Für die überaus zahlreichen Bezeugungen von Mitgefühl und Anteilnahme beim Hinscheiden ihres innig geliebten Gatten, Vaters, Bruders, Schwiegersohnes und Schwagers, des

Geheimen Rates

**Dr. iur. Otto Karlowa**

ord. Professors der Rechte an der Universität Heidelberg sprechen ihren herzlichsten Dank aus

Heidelberg, Braunschweig, Leipzig, Grossenhain im Januar 1904.

Hermine Karlowa geb. Leuckart u. Söhne.  
Sophie Dedekind geb. Karlowa.  
Amélie Leuckart geb. Henke.  
Else Uhlemann geb. Leuckart.  
Landgerichtspräsident Dedekind.  
Amtshauptmann Dr. Uhle : ann.

©'206

**Achtung! Garantiert nächste Ziehung Achtung!**  
bereits am 23. Januar 1904.

der **Karlsruher Lotterie** Lose à 1 Mk., 11 Lose 10 Mk.,  
Porto und Liste 25 Pfg.

Gesamtgewinne i. W. Mk. **26000**

Hauptgewinn Mk. **8000**

Bar Geld mit 90% garantiert! Kleine Loszahl!  
erhältlich bei **J. Stürmer, General-Agent, Strassburg i. E.**



**Herold-**

**Steh- und Flachpulte, Aktenschränke**

in diversen Grössen,

Schreibtisch-Sessel etc. etc.

ältere Modelle

jedoch tadellos im stande sowie einige ge-  
brauchte Möbel verkaufe

weit unter Preis.

Zur Besichtigung meines reichhaltigen Lagers lade er-  
gebenst ein. — Kein Kaufzwang.

**Peter von Chrustschoff,**

Spezialhaus moderner Bureau-Einrichtungen,  
Friedrichsplatz 7 I. u. II.

©'187

**Ball-Blumen.**

Empfehle mein großes Lager in **Ball-Blumen**, sowohl in gebundenen wie einzelnen Sachen. Das Aufrichten und Umbinden älterer Garnituren wird geschmackvoll und billigt ausgeführt

**C. M. Meyer, Blumenfabrik,**

Kaiser Wilhelm-Passage 3.

©'184.1



Mk. 1.80 bis 8.— per Pfd. 43 versch. Qualitäten China, Ceylon und Ind. Tee's Verkaufstellen durch Plakate kenntlich. ©'766.7

**Darlehen** gibt realen Leuten

Bernh. Grevsmühl, Bankgeschäft in Lübeck. Rückporto erbeten. ©'166.3

**Achtung!** Wer Wert auf eine vorzügliche Kanzeleitinte legt, bestelle **Dr. Wischke's Zintepulver** in Originalpacketen für 1 Liter Tinte. 1. Archivtinte à 60 Pf., 2. Reichskanzleitinte à 80 Pf., 3. Eifeng-Normaltinte II à 1 Mk., sofort wasserlöslich u. fertig, sämtl. Tinten stehen dunkelblau aus der Feder, werden tiefschwarz und unauslöschl. Zahlreiche Anerkennungen aus allen Kreisen. Zu beziehen durch: **Dr. Wischke, chem. Laborat., Bonn.** Niederlagen in Karlsruhe: **F. Gutsch, Druderei, Gebr. Leigelin.**

In einer Universitätsklinik in Freiburg (Baden) ist auf Ostern die Stelle der **Wirtschafterin**

(1. Adbin) zu besetzen. Anfangslohn: 600 Mk. jährlich (steigend bei guter Leistung). Station II. Klasse. Bewerbungen samt Lebenslauf und Zeugnissen unter **© 166** an die Exp. dieses Blattes.

**I. Festhalle-Maskenball Karlsruhe.**

**Samstag, den 30. Januar 1904,**  
abends 8 Uhr,

©'185

**Prämiierung von Einzelkostümen und Gruppen**  
im Gabenwert von zusammen 1020 M.,

darunter je 100 M. bar für den **I. Damen-** und für den **I. Herrenpreis**, 300 M. für den **II.**, 150 M. für den **III.** und 50 M. für den **III. Gruppenpreis.**

**Ballorchester:** Die vollständigen Kapellen des I. Bad. Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109, Kgl. Musikdirektor Boettge, und die vereinigten Kapellen des I. Bad. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 14 und des 3. Bad. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 50, Kgl. Musikdirigent Liese und Stabstrompeter Schotte.

Internationale

**Katzen-Ausstellung**

Karlsruhe, städt. Ausstellungshalle

vom 14. bis einschliesslich 18. Januar 1904.

Täglich geöffnet von morgens 9 Uhr bis abends 6 Uhr.

Grösste Sehenswürdigkeit. Katzen aus allen Weltteilen.

Eintritt à Person 50 Pfg., Kinder 25 Pfg., Militär vom Feldwebel abwärts 25 Pfg., H. H. Studierende 50% Ermässigung.

Der Bund für Katzenschutz, Z. u. Pfl.

Präsident: Freiherr von Flotow. Vorstand: Josef Fleisch.

**Domänenwald-Jagdverpachtung.**

Großh. Forstamt Wiesloch verpachtet am Montag, den 25. Januar d. J., vormittags 10 Uhr, in dem Geschäftszimmer des Forsthauses hier auf die Zeitdauer vom 1. Februar 1904 bis mit 31. Januar 1909 die Ausübung der Jagd:

1. in dem 130,10 ha großen Domänenwalde I Kirchrückwald auf Gemarkung Ober- und Unterhof.

2. in dem 103,90 ha großen Domänenwalde III Schleiberg, auf Gemarkung Mühlhausen.

Als Steigerer werden nur Personen zugelassen, welchen nach § 13 und 14 des Jagdgesetzes der Jagdpapier nicht verweigert werden kann.

Die Bedingungen sind auf dem Forstamt einzusehen, welches auch auf Anfrage Auskunft erteilt. ©'91.2.

Ein junger Jurist, der seine sämtlichen Examina mit Erfolg bestanden hat und sich momentan auf einem Notariat befindet, sucht eine passende Stellung mit bescheidenem Anfangsgehalt, Hypothekbank oder sonst einem Bankinstitut. Gest. Offerten sub Chiffre **Z. P. 215** an die Annoncen-Expedition **Rudolf Mosse, Bern.**

Für neuen patentierten **Haushalt-Artikel**, jedem Großisten leicht veräußlich, tüchtig. **Vertreter** gegen hohe Provision **gesucht.** Offert. u. **F. M. 700 G. 2. Danne & Co., Frankfurt a. M.** ©'207

**Stadtgemeinde Eriberg.**

Ende April l. J. kommt die Stelle des Bürgermeisters der Stadt Eriberg zur Erledigung. ©'11.2.

Das Gehalt beträgt 4000 Mark, dazu treten die Bürgermeisteramtsgehälter und freie Dienstwohnung im Rathaus.

Geeignete Bewerber sind gebeten, sich unter Beifügung von Zeugnissen und eines kurzen Lebenslaufes bis längstens 26. d. M. bei unterzeichnetem Gemeinderat anzumelden.

Eriberg, den 2. Januar 1904.

Der Gemeinderat: **Sch u f e r.**

**Holzversteigerung.**

Von Großh. Forstamt Redargemünd werden aus Domänenwäldungen Donnerstag, den 21. Januar d. J., morgens 10 Uhr beginnend, im Rathaus-ssaale zu Redargemünd versteigert:

a. aus Distrikt I „Hollmuth (bei Bannmenthal) Eichen 1 I., 9 II., 13 III., 4 IV. Kl.; Birken 355 Verbstangen; b. aus Distrikt IV „Rohberg (bei Baldwimmersberg) Buchen 2 I. Kl., Eichen 5 III., 18 IV., 2 V. Kl.; c. aus Distrikt V „Redarberge“ (oberhalb des Redarhäuserhofes) Nadelholz (meistens Fichten), 25 Baustrangen II. Kl., 55 Hagstrangen, 4000 Hopfenstrangen I.-IV. Kl., 4485 Rebstecken, 8850 Bohnensteden. ©'164.

Vorgeiger des Holzes: die Forstwärte Steinbrenner in Redargemünd für Distrikt I, Göß in Müdenloch für Distrikt V, Domänenwaldhüter Herringer in Baldwimmersbach für Distrikt IV.

**Holzversteigerung.**

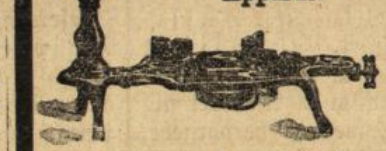
Das Großh. Forstamt Jochenheim in Lahe versteigert aus dem Domänenwald „Ottenthalerwald“ am Montag, den 18. Januar d. J., morgens 9 Uhr anfangend, im Rathaus zu Kürzell, mit Vorgriff bis 1. November: ©'107.2.

418 Ester buchenes, eichenes und gemischtes Scheit-, Prügel- und Stodholz, 15 600 Wellen und Schlagraum.

Hierauf: 19 Eichen 3. bis 5. Kl., 16 Eichen und 1 Birke.

Forstwart Hauser in Ottenthal zeigt das Holz vor.

**Spiritus-Gaskoch-Apparate**



geruch- und gefahrlos von **Mk. 6.50** an empfiehlt **Ludwig Karle**

Karlsruhe, Waldstr. 15.

**Bürgerliche Rechtsstreite.**

**Konkurse.** Nr. 1129. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Restaurateurs Roman Kammer hier ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensgegenstände der Schluss-termin auf

Donnerstag, den 4. Februar 1904, vormittags halb 12 Uhr,

vor dem Großh. Amtsgerichte hier selbst, Akademiestr. Nr. 2 A, 2. Stock, Zimmer Nr. 10-12, bestimmt.

Karlsruhe, den 11. Januar 1904. Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts.**

**Soppré,** Amtsgerichtsekretär.

©'82. Wertheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Badische Feinlebewerte Abelmann & Moog in Wertheim a. M. soll eine Abschlagsverteilung erfolgen. Dazu sind rund 12 000 M. verfügbar. Zu berücksichtigen sind 3552,82 M. bevorrechtigte und 87 884,23 M. nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen kann auf der Gerichtsschreiberei Großh. Amtsgerichts Wertheim a. M. eingesehen werden. Wertheim, den 6. Januar 1904.

Der Konkursverwalter: **Jaed, Rechtsanwält.**

§. 239.2. Nr. 6803. Heidelberg.

**Zwangs-Versteigerung.**

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Heidelberg belegenen, im Grundbuche von Heidelberg Band 12 Heft 1 B.-B. I Nr. 1, Band 15 Heft 20 B.-B. I Nr. 1 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Meßgers **Karl Gärtner** in Heidelberg eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am

Donnerstag, den 21. Januar 1904, vormittags 10 Uhr,

durch das unterzeichnete Notariat — in dessen Diensträumen Hauptstraße Nr. 129 in Heidelberg — versteigert werden.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde ist jedermann gestattet.

Der auf Dienstag, den 22. Dezember 1903, vormittags 10 Uhr, bestimmt gewesene Versteigerungstermin ist aufgehoben.

**Beschreibung der zu versteigernden Grundstücke:**

1. Lsg. Nr. 4290a. 2 ar 24 qm Hofreite mit vierstöckigem Wohnhaus und Metzgereiladen, nebst Zubehör, Bergheimerstr. Nr. 87b. Schätzung 50 000 M.

2. Lsg. Nr. 4290. 1 ar 95 qm Hofreite mit vierstöckigem Wohnhaus, Eppelheimerstr. Nr. 4. Schätzung 35 000 M.

Heidelberg, den 21. Nov. 1903.

Großh. Notariat II als Vollstreckungsgericht: **S. Kaiser.**

©'215. Karlsruhe.

**Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**

Mit Gültigkeit vom 11. Januar 1904 wird zu der 2. Abteilung des Badischen Binnengüterverkehrs der Nachtrag V ausgeben.

Derselbe enthält die Einbeziehung der Station Bishweiler in Baden für den Güterverkehr in Wagenladungen und der Station Dürheim für den gesamten Güterverkehr.

Die Frachtfähigkeit für letztere Station treten erst mit dem Tag der Eröffnung dieser Station für den Güterverkehr in Kraft.

Nähere Auskunft erteilen die Dienststellen. Karlsruhe, den 11. Januar 1904.

Großh. Generaldirektion.

©'209. Karlsruhe.

**Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**

Mit Gültigkeit vom 11. Januar 1904 wird zum Karri für den direkten Güterverkehr zwischen Stationen der Großh. Badischen Staats-Eisenbahnen einerseits und den Stationen der Badischen Nebenbahnen im Privatbetriebe andererseits der Nachtrag VII ausgeben.

Derselbe enthält die Einbeziehung der Station Bishweiler i. Baden für den Wagenladungsverkehr, sowie der Station Dürheim für den gesamten Güterverkehr. Die Frachtfähigkeit der letzteren Station treten erst mit dem Tag der Eröffnung dieser Station in Kraft.

Nähere Auskunft erteilen die Dienststellen. Karlsruhe, den 10. Januar 1904.

Großh. Generaldirektion.

©'209. Karlsruhe.

**Schreibgehilfenstelle.**

mit einer Jahresvergütung von 600 Mk. ist sofort zu besetzen. Tätigste Bewerber wollen sich melden. Inzipienten, die schon bei Notariatsgeschäften gearbeitet haben, werden bevorzugt. Karstadt, den 10. Januar 1904.

Großh. Notariat III: **Reilner.** ©'171